

Antrag

des Abg. Dr. Erik Schweickert u. a. FDP/DVP

Kennzahlen zu den Coronasoforthilfen verteilt nach Stadt- und Landkreisen in Baden-Württemberg

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. wie sich die folgenden Kennzahlen
 - a) Anzahl bzw. Volumen insgesamt,
 - b) vollständige erteilte oder bereits eingegangene Rückforderungen aufgrund nicht eingereichter Abschlussrechnung,
 - c) vollständige oder anteilige erteilte oder bereits eingegangene Rückforderungen aufgrund festgestelltem Rückzahlungsbedarf durch eingereichte Abschlussrechnung,
 - d) freiwillige Rückzahlung (d. h. Rückzahlung, bevor ein formeller Bescheid dazu erfolgt ist),
 - e) abgeschlossene Widersprüche,
 - f) noch nicht abgeschlossene Widersprüche,
 - g) noch nicht abgeschlossene Klagen,
 - h) Zinsbescheide,
 - i) Klagen oder Widersprüche gegen Zinsbescheide,
 - j) Erlasse aufgrund Härtefallregelung

zu den Coronasoforthilfen aktuell differenziert nach

- a) Fällen und Volumen
 - b) Fallgruppe I (auf Grundlage der „Richtlinie für die Unterstützung der von der Coronapandemie geschädigten Soloselbstständigen, Unternehmen und Angehörigen der Freien Berufe“ [„Soforthilfe Corona“] vom 22. März 2020 [„Richtlinie“]) und Fallgruppe II (auf Grundlage der „Verwaltungsvorschrift des Wirtschaftsministeriums für die Soforthilfen des Bundes und des Landes für die Gewährung von Überbrückungshilfen als Billigkeitsleistungen für von der Coronakrise in ihrer Existenz bedrohte Soloselbstständige, kleine Unternehmen und Angehörige der Freien Berufe vom 8. April 2020 [„Verwaltungsvorschrift“])
 - c) und verteilt auf die Stadt- und Landkreise in Baden-Württemberg darstellen;
2. inwiefern hierzu weitere Veränderungen bzw. Veränderungsmöglichkeiten (bspw. neue Klagen, neue Zinsbescheide, ...) von ihr erwartet werden bzw. noch möglich sind.

15.1.2025

Dr. Schweickert, Bonath, Fink-Trauschel, Haag, Hapke-Lenz, Haußmann, Heitlinger, Hoher, Karrais, Dr. Kern, Dr. Rülke FDP/DVP

Begründung

Nach wie vor sind hunderttausende Unternehmen vom Chaos rund um die Coronasoforthilfen betroffen. Rückzahlungen, Zinsbescheide, Klagen und Widersprüche stehen nach wie vor im Raum. Die Landesregierung hat immer noch nicht erklärt, wie sie mit der aktuellen Situation umgehen möchte und welche Maßnahmen sie ergreifen möchte. Die Antragsteller möchten mit dem vorliegenden Antrag das Ausmaß des Problems differenziert nach Stadt- und Landkreisen in Erfahrung bringen.